Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Donnerstag, den 20. Mai 1920 — Nummer 185 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Montagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 7.— M. Für Ostbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 12.50 M., für das übrige Ausland 14.— M. monatlich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36 und 9768

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 3.20 Mk. netto pro Zeile. Stellengesuche in Wortanzeigen: das fettgedruckte Wort 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.
Inseraten-Annahme: Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36. Buchhandlung Zentrum 2645
„Freiheit"-Buchdruckerei Zentrum 4030.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Was der deutschen Arbeiterschaft bevorsteht.

Verurteilung wegen ungesetzlicher Streiks.

Kopenhagen, 20. Mai.

Das amtliche Schiedsgericht für Arbeiterstreitigkeiten hat aus Anlaß des gegenwärtigen Ausstandes der Hafenarbeiter und Seeleute den Transportarbeiterverband zu 300 000 Kronen, den Seeleuteverband zu 400 000 Kronen und den Heizerverband zu 300 000 Kronen Geldstrafe verurteilt wegen Erklärung des ungesetzlichen Ausstandes.

Dieses Urteil zeigt den deutschen Arbeitern, was sie zu erwarten haben, wenn die neue Schlichtungsordnung Gesetz wird. Auch sie sieht drakonische Geldstrafen vor für sogenannte „ungesetzliche" Streiks, d. h. für Streiks, die nicht die Sanktion der hochwohllöblichen Regierungsbehörde gefunden haben. Da nämlich der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von der obersten Landesbehörde ernannt wird, ist es klar, daß er im Verein mit den Unternehmerbeisitzern jeden Streik niederstimmen wird. Das bedeutet das Ende des Koalitionsrechts der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Dieses „Antistreikgesetz", das unter dem verschämten Namen Schlichtungsordnung das Licht der Welt erblickt hat, muß von der Arbeiter- und Angestelltenschaft niedergerungen werden. Die Wahlen am 6. Juni geben die beste Gelegenheit, den großindustriellen Scharfmachern und ihren rechtssozialistischen Helfershelfern in der Regierung einen solchen Denkzettel zu verabreichen, daß ihnen jeder Versuch der Antastung der elementarsten Rechte der arbeitenden Klasse vergeht.

Lügen über Sowjet-Rußland.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Reval, 20. Mai.

Englische und französische Funksprüche teilen mit, daß durch einen großen Putsch in Moskau die Sowjetregierung gestürzt worden sei. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. In Moskau herrscht Ruhe und Ordnung, die Bevölkerung ist erbittert über den polnischen Vormarsch und stimmt mit der Regierung überein, den Kampf gegen Polen mit allen Mitteln zu führen. Der Ursprung der französischen und englischen Falschmeldungen ist darin zu suchen, daß in Moskau ein Feuer ausgebrochen war, durch welches die Funkenstation beschädigt wurde, so daß sie vorübergehend nicht arbeiten konnte. Auch die Meldung, daß Odessa von den Ukrainern besetzt worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Stadt Odessa ist fest in den Händen der russischen Truppen.

Die Polenfrage im englischen Unterhaus.

London, 20. Mai.

Laut „Manchester Guardian" wird Lord Robert Cecil im Unterhaus eine Aussprache über die Frage veranlassen, wer die größere Macht haben solle: der Völkerbund oder der Oberste Rat. Diese Aussprache soll an die Frage der polnischen Offensive geknüpft werden, und man wird von der Regierung eine Erklärung darüber verlangen, ob der Oberste Rat auch künftig alles verwalten soll oder ob der Völkerbund bald in Wirkung treten wird, so daß er den neuen Krieg mit Polen verhindern kann.

Es verlautet, daß die Asquith- und die Arbeiterpartei sich mit dem Standpunkt Cecils einverstanden erklären werden.

Die Völkerbundantwort für Sowjetrußland.

H.N. Genf, 20. Mai.

Der Völkerbundrat beschäftigt sich jetzt mit der Antwort an Sowjetrußland. Er erklärt darin, falls Rußland zu bewegen sei, einen Prüfungsausschuß in Rußland zuzulassen, werde dieser Petersburg, Moskau, Charkow, Kuban, Samara und vielleicht auch Westsibirien bis Omsk besuchen.

Die Polen weichen zurück.

H.N. Warschau, 20. Mai.

Amtlich. Der Feind konzentriert seine Truppen auf der Front bei den Vororten von Kiew, südlich der Dwina, wo polnische Truppen nach heftigen Kämpfen unter dem feindlichen Druck auf neue Verteidigungslinien zurückgingen.

Die Frau und die Sozialisierung.

Zum zweiten Male sollen Frauen und Mädchen über 20 Jahre an die Reichs-Wahlurne herantreten. Noch viele unter ihnen sind sich über die Bedeutung des Wahlaktes nicht so recht klar, insbesondere können sie noch nicht recht begreifen, daß der Ausfall der Wahl auch für ihre persönlichen und häuslichen Verhältnisse in der Zukunft bestimmend sein kann. Der Wahlkampf wird in der Hauptsache um die Sozialisierung der Wirtschaft geführt. Da ist für die Stellungnahme der Frau die Frage von Wichtigkeit, ob die Sozialisierung der Wirtschaft auch Wirkungen zeitigen würde, die der Hausfrau auf ihrem eigenen Wirkungsgebiete Erleichterungen bringen. Diese Frage ist auch für die nicht verheirateten weiblichen Wähler von grundlegender Bedeutung, denn jedes Mädchen hofft doch, Hausfrau zu werden. Außerdem aber würde die Sozialisierung ganz allgemein Verhältnisse schaffen, welche die Eheschließung erleichterten, indem die wirtschaftlichen Hemmungen fortfielen.

Sicher ist, daß die allgemeinen Wirkungen der Sozialisierung nicht vor den Frauen Halt machen. Soweit die Frau als produktiv tätiges Glied in der Güterherstellung oder -Verteilung in Frage kommt, ist der Eintritt der wohltätigen Wirkungen ganz offenbar. Sofern weiter die bewußt geregelte Wirtschaft des Sozialismus die Hausfrau von jenem unsicheren und nervenaufreibenden Zustand befreit, der infolge unzureichender und schwankender Gestaltung des Einkommens bei den Familien der Schaffenden besteht, ist eine Erleichterung ebenfalls erkennbar. Die Hausfrau wird um vieles weniger mit Sorgen belastet an ihre täglichen Verrichtungen herantreten, wenn sie weiß, daß bei einigermaßen solider Wirtschaftsführung nicht schon in den letzten Tagen der Lohnzahlungsperiode nur die alleräußerste Einschränkung das Durchkommen ermöglicht. Aber abgesehen von diesen sorgenvollen Momenten bleiben noch recht viel andere Verpflichtungen der Hausfrau übrig, die sie als Gesellschaftsmitglied heute besonders belasten.

Es ist in den meisten Fällen so, daß die proletarische Frau, selbst wenn sie keine Erwerbsarbeit verrichtet, durch die häuslichen Angelegenheiten übermäßig in Anspruch genommen wird. Sie steht dann zwar nicht direkt unter dem Zwange der kapitalistischen Ausbeutung, aber doch in der Knechtschaft der Verhältnisse. Hat der Lohn- oder Gehaltsempfänger den Genuß einer gesetzmäßig beschränkten Arbeitszeit, so ist die der Hausfrau ungemessen. Die Arbeitszeit der Hausfrau wird mit jedem kommenden Kinde länger, bei größeren Familien geschieht die Ausdehnung auf Kosten des Schlafes. Von Zeit zu angemessener Ruhe und Erholung ist oftmals keine Spur mehr. Die Folgen solchen aufreibenden Kampfes um das Wohl der Familie sind Krankheiten und frühes Siechtum. Aus solchem Elend weiß die kapitalistische Wirtschaft keinen Ausweg.

Die speziellen Leistungen der Frau sind auch durchaus nicht so leicht, wie sich mancher Mann vorstellen mag. Besen und Scheuertuch zu handhaben, Nähen, Flicken und viele andere notwendige häusliche Verrichtungen scheinen dem Oberflächlichen beinahe mühelose Tätigkeiten zu sein. Einmal und einzeln verrichtet, sind sie schließlich auch nur eine Abwechslung. Aber in ihrer Gesamtheit bilden alle diese Verrichtungen eine anstrengende Arbeit, die, über ein gewisses Maß hinaus geleistet, unbedingt schädigend auf die Gesundheit einwirkt. Mehr noch als die Akkordberechnung des Lohnes dem Arbeiter den Antreiber in die eigene Brust setzt, wird die vorwärtsstrebende Hausfrau angetrieben von den Erfordernissen des Familienlebens. Wer kennt nicht die emsig schaffenden Frauen, die als erste morgens auf dem Platze sind und als letzte am Abend häufig ganz erschöpft die Ruhestätte aufsuchen? Viele Männer, auch Parteigenossen, halten das für ganz in der Ordnung. Es ist alter Brauch und dient der Bequemlichkeit der übrigen Familienmitglieder. Die Nahrungsmittelnöte der gegenwärtigen Zeit belasten die Hausfrau noch ganz besonders. Sie weiß oft nicht, womit eine Mahlzeit herrichten. Daran denken vor allem die Kinder nicht, können sie nicht, und auch Erwachsene lassen oft die erforderliche Rücksicht darauf vermissen. Unzählige Familienstreitigkeiten rühren aus einer Verbitterung her, die sich der so über die Maßen angestrengten Frauen notwendig bemächtigen muß. Dadurch wird das gesamte Familienleben beeinträchtigt, die unleidlichen Verhältnisse beherrschen das Zusammenleben.

Kann nun die Sozialisierung der Frau Erlösung aus diesem Zustande bringen? Die zu versorgenden Bedürfnisse werden durch die Sozialisierung natürlich nicht geringer, im Gegenteil, sie werden mit dem Aufleben der Proletarier zahlreicher werden. Es kann sich also nur darum handeln, den Hausfrauen gewisse Verrichtungen abzunehmen und dadurch ihre Entlastung herbeizu-

Rabbi und Mönch.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Neben dem früheren Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Burgemeister, von dessen Enthüllungen wir bereits Kenntnis haben, ist es jetzt ein anderer Generalsekretär dieser Partei, Herr A. W. Kroschel, der in einer Broschüre das deutschnationale Gewissen, die Gründung und das Geschäftsgebaren der Deutschnationalen Volkspartei schildert. Sie habe in zehn Monaten etwa 3 Millionen Mark ausgegeben, trotzdem sie gleichzeitig ihrem Personal gegenüber „nach übelster Lohndrückermanier sparte". Finanziert wurde sie in der Hauptsache von der Schwerindustrie und den Agrariern. Recht belastende Tatsachen teilt Herr Kroschel über die Art und Weise mit, wie einige der an führender Stelle stehenden Herren sich selber oder ihre Freunde auf Grund ihrer Tätigkeit in der Partei privatim bereicherten.

Interessant sind auch die Mitteilungen, die Kroschel über die Zusammenhänge zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und dem schmutzigsten Antisemitismus macht. Knüppel-Kunzes antisemitische Flugblätter werden von der Deutschnationalen Volkspartei bezahlt, was der Parteivorsitzende, der Staatsminister Hergt, wahrheitswidrig abgestritten hat. Ueber den Anteil der Deutschnationalen Volkspartei an dem Kapp-Putsch sagt Kroschel folgendes:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gesamte Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei bis ins kleinste von dem Staatsstreich Kapp-Lüttwitz unterrichtet war und mit Kapp und Traub an der Vorbereitung des Putsches beteiligt war. Pflicht der Parteileitung war es, sofort am 10. März 1920 in aller Oeffentlichkeit die eigenen Parteiangehörigen zu warnen. Eine offizielle Warnung seitens der Deutschnationalen Volkspartei hätte die Putschisten wie Kapp-Lüttwitz-Traub und deren Anhang unzweifelhaft abgeschreckt. Die Deutschnationale Parteileitung war aber mit dem Herzen für das Gelingen des Putsches und unterließ aus diesen Gefühlen heraus jegliche Warnung. Die moralische Verantwortung für den Staatsstreich Kapp-Lüttwitz und dessen Auswirkungen trifft Hergt und v. Lindeiner, die Häupter der Partei. Mag die deutschnationale Parteileitung noch so gewundene Ableugnungen vorbringen, das Verhältnis von Kapp und Traub zur Parteileitung war ein so inniges, so daß ohne Zweifel anzunehmen ist, daß mindestens vor Traubs Schritt — Uebernahme eines Ministerpostens — eine Verständigung stattgefunden hat. Auch waren die Personen an dem kritischen Tage im Verkehr sich so nahe, daß jeder Zweifel darüber schwinden muß, daß Hergt und v. Lindeiner nichts gewußt haben sollten."

Wir verzeichnen diese Enthüllungen nur, weil sie neue Belege sind für die widerliche Heuchelei sowohl der Deutschnationalen Volkspartei wie der Deutschen Volkspartei. Wenn der Herr Kroschel mit so viel Entrüstung feststellt, daß die Deutschnationale Volkspartei von den Geldern der Großindustriellen und der Agrarier ausgehalten wird, so ist das innere Unwahrhaftigkeit, denn er ist jetzt Angestellter der Deutschen Volkspartei, bei der genau dasselbe zutrifft. Beide Parteien leben und arbeiten nur von der Gnade und für die Großindustriellen und Agrarier. Das sollten alle Reichstagswähler beachten.

Die Partei der Unternehmer.

Der Vorstand des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen demokratischen Partei erläßt an die deutschen Kaufleute, Industriellen und Gewerbetreibenden einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Demokratische Partei hat in schwerer Zeit in unerschütterlichem Widerstand gegen andere sehr ernste und von breiten Massen getragenen Bestrebungen die Wirtschaftordnung durchgesetzt, die sich grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums aufbaut, und da, wo im Sinne sozialer Notwendigkeiten Beschränkungen vorgenommen werden, eine angemessene Entschädigung sichert. Sie hat weit ausgreifende, unsere verelendete Wirtschaft tödlich bedrohende Sozialisierungspläne bekämpft und bei den sozialpolitischen Gesetzen, wie dem über die Betriebsräte manche Gefahr für die in Handel und Industrie selbständig Tätigen abgewandt, immer in der Erkenntnis, daß wahre Demokratie jede einseitige Klassenbevorzugung abzulehnen hat."

Diese zutreffenden Geständnisse sollten sich die Angestellten merken, denen die Demokratische Partei jetzt bei der Wahlbewegung einzureden sucht, daß sie eine Förderung ihrer erzielten Bestrebungen und eine Hebung ihrer Lebenshaltung bezweckt.

führen. Eine Sozialisierung, die dem Manne Freiheit und menschenwürdiges Dasein bringt, kann die Frau nicht in der Knechtschaft, und sei es die der Familie, belassen. Es ist auch möglich, die Hausfrau zu befreien aus den Fesseln, die sie zu Boden drücken. Man muß sich vor Augen halten, daß heute in den Einzelhaushalten eine Fülle von Arbeiten verrichtet wird, die Kraft- und Stoffverschwendung bedeuten. Z. B. hat der technische Fortschritt die Waschanstalten gezeitigt, in denen mit verhältnismäßig geringerer Arbeitsleistung und einwandfreiem Resultat produziert wird. Trotzdem plagt sich das Gros der Proletarierfrauen an der Waschbütte. Warum? Weil die kapitalistische Form der Wirtschaft der Hausfrau die Benutzung des technischen Fortschrittes unmöglich macht, das Einkommen zu stark belastet. Die sorgende Hausfrau rechnet bei knappen Mitteln so: wenn mir das Pfund Wäsche in der Waschanstalt teurer kommt, wie an der Waschbütte, dann muß ich eventl. die Nacht zu Hilfe nehmen, um diese Arbeit zu schaffen. Das Kapital zwingt sie, auf ihre eigene Gesundheit und Erhaltung keine Rücksicht zu nehmen. Aber die Sozialisierung, tatkräftig eingeleitet und verfolgt, wird vor keinem Zweige der Wirtschaft Halt machen und wenn die notwendigsten und grundlegenden Produkte, wie Kohle, Eisen, Elektrizität, Verkehrswesen und andere erfaßt sind, dann wird auch die Zeit kommen, an andere, vorerst noch in weiter Ferne liegenden Dinge zu denken. Dann wird es durch entsprechende Einrichtungen möglich sein, der Hausfrau ihr Los zu erleichtern. Denken wir beispielsweise die Waschanstalten sozialisiert neben der übrigen Wirtschaft, dann käme es nicht darauf an, mit Aufbietung der letzten Kraft die Wäsche in der Familie zu reinigen. Allerdings Prinzip wäre, jegliche Arbeit mit dem geringsten Aufwand von Kraft und Material zu verrichten. Und um wie vieles wären die Waschanstalten ergiebiger, ihre Arbeit lohnender, wenn sie die ganze Wäsche eines Gemeinwesens zu bewältigen hätten, nachdem sie zu leistungsfähigen Großbetrieben ausgebaut wurden?

Bei der Wäsche brauchte und würde die Sozialisierung nicht stehen bleiben. Schon jetzt verwenden die bemittelten Kreise in der Familienwirtschaft mancherlei arbeitsparende Instrumente und Einrichtungen. An die Stelle des Besens tritt der Staubsaugeapparat, an die Stelle der Einzelheizung die des Dampfes oder der Warmwasserleitung. Die sozialisierte Wirtschaft wird umgestaltend auf den Hausbau wirken und dabei die schuldige Rücksicht auf die Hausfrau nehmen. Dann brauchten in einer Stadt von 70 000 Familien des morgens nicht 70 000 Einzelfeuer auf 70 000 Herden und Herdchen angezündet zu werden. Man wird das Kaffeewasser der Warmleitung entnehmen können oder in den öffentlichen Kaffeestuben nicht kostspieliger wie im Hause seinen Morgentrank einnehmen. Aehnlich so kann es mit den übrigen Mahlzeiten gehalten werden. Die Großküche ist nicht nur bequemer, sondern auch sparsamer. Sie darf nur nicht nach kapitalistischen Grundsätzen um des Profites willen betrieben werden. Ein Zwang zu ihrer Benutzung ist nicht nötig. Die Mehrzahl wird schon herausfinden, was besser ist, wenn nur die Einrichtungen getroffen werden. Wer absolut darauf verpicht ist, selbst seine sog. Familienangelegenheiten wie Waschen und Kochen zu verrichten, dem wird man auch keine Schwierigkeiten machen.

Es sind noch viele Erleichterungen denkbar. Wir wollen sie nur andeuten. Z. B. die Treppen- und Stubenreinigung für ganze Häuser mit den modernsten Hilfsmitteln, die Kleidererhaltung und Ausbesserung in geeigneten Werkstätten usw. Alles dies würde auch in hygienischer Beziehung große Bedeutung haben. Die Hauptsache ist, an Stelle der zersplitterten Eigenverrichtungen, die Zusammenfassung der Arbeit vorzunehmen unter Anwendung aller arbeitsparenden Hilfsmittel. Das wäre die Vergeudung durch Planmäßigkeit ersetzt und das Resultat müßte sein ein größeres Wohlbefinden der Frauen und weiter der Menschheit überhaupt. Söge man dann noch die Kinderversorgung und -erziehung in diesen Komplex der Sozialisierung hinein, dann dürfte sich für die Frau auch das Maß von Bewegungsfreiheit durch Loslösung von den häuslichen Verrichtungen erreichen lassen, das ihr ein Kulturleben gewährleistet.

Die bürgerlich-kapitalistischen Parteien bezeichnen solches Streben als Utopisterei, weil sie wissen, daß dann der kapitalistische Profit, die Grundlage ihres eigenen müheloses Daseins, beseitigt wäre. Sie umwerben daher die Frauen zu den kommenden Wahlen und häufen Lüge und Schwindel auf die Unabhängige Sozialdemokratie. Diese aber kämpft unentwegt weiter für die Sozialisierung. Sie weiß, daß nicht mit einem Schlage aus dem kapitalistischen Trümmerfeld ein Paradies zu schaffen ist. Aber mit dem Ziel im Auge läßt sich Schritt für Schritt verwirklichen. Dazu bedarf es aber der tatkräftigen Mithilfe der Frauen durch Abgabe der Stimme für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Vorbereitungen im Reichswehrministerium.

Seeckts Pläne.

Im Reichswehrministerium gehen ernste Dinge vor sich. General von Seeckt ist dabei, das Reichswehrministerium völlig umzuorganisieren und die Alleinherrschaft der Generalität sicherzustellen. Seeckt, der als Chef der Heeresleitung fungiert, hat sich mit einem Stab von Offizieren umgeben, die dem ehemaligen Großen Generalstab entnommen worden sind. Seiner Leitung untersteht das Personalamt, das Fürsorgeamt und das Truppenamt. Er hat also alle Fäden in einer Hand vereinigt und kann auf die Gestaltung der Reichswehr in dem Sinne einwirken, wie er es vor dem Kapp-Putsch in seiner Hamburger Rede angekündigt hat. Er kann sie vorbereiten „auf den Tag". Etwa nur eine Ordnungstruppe zu schaffen, wie es dem Sinne der Republik entsprechen würde, daran denkt Herr Seeckt nicht einen Augenblick. Er bildet ein ausgesprochenes Kampfinstrument heran, das über der Führung des Bürgerkrieges hinaus sehr weitgesteckte Ziele verfolgt. Die Tradition der alten preußischen Armee wird unter Seeckts zielsicherer Leitung zu neuem Leben entfacht. Deshalb das riesige Aufgebot von Stäben und höheren Befehlsstellen, die in einem Heere, das nur als Ordnungstruppe dienen soll, absolut überflüssig wären, wenn dieses Heer eben in der Tat keine weitgesteckteren Ziele verfolgen würde.

Vorerst erstrebt Herr Seeckt im Reichswehrministerium die Beseitigung jeden Einflusses von ziviler Seite. Der Unterstaatssekretär Stock, ein Rechtssozialist, ist bereits völlig an die Wand gedrückt. Herr Geßler gibt als Wehrminister nur den Namen her. Zu sagen hat er nichts. Die Allgewalt der Offiziere ist vorherrschend und wird von Herrn Seeckt immer fester zusammengeschweißt. Bei dem kommenden Putsch wird sich der Geist Seeckts sehr stark fühlbar machen und vielleicht auch manchen Herrn überraschen, der heute auf Seeckts „Zuverlässigkeit" goldene Berge baut.

*

Der Republikanische Führerbund teilt mit:

In der Garnison-Arrest-Anstalt Neuruppin befinden sich seit vier Wochen die Unteroffiziere Lock, Hartmann und Schmidt in Haft, weil sie während des Putsches treu zur Verfassung hielten und für den Republikanischen Führerbund während des Putsches geworben haben.

Charakteristisch für die militärische Justiz ist die Tatsache, daß der Haftbefehl für die drei Unteroffiziere erst nach vierwöchentlicher Haft angefertigt wurde, ferner, daß drei Haftentlassungsgesuche aus den Gerichtsakten verschwunden sind und weiter, daß für den Unteroffizier Lock bestimmte Post unterschlagen worden ist.

Der Republikanische Führerbund ist bereits dreimal beim Reichswehrministerium wegen dieser Angelegenheit vorstellig geworden, ohne Erfolg natürlich.

Die Angst vor der Bartholomäusnacht.

Nach eine offiziösen Meldung hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Präsidenten der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage vom 8. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 909) bestimmt, daß der befriedete Bannkreis des Reichstagsgebäudes folgende Straßenzüge Berlins umfaßt:

Die Friedrichstraße von der Hedemannstraße bis zur Karlstraße, die Karlstraße bis zur Spree, das Friedrich-Karl-Ufer und das sich daran anschließende nördliche Spreeufer bis zur Pontstraße, die Lutherbrücke, den Spreeweg, den Großen Stern, die Hofjäger-Allee, die Friedrich Wilhelm-Straße, den Lützow-Platz, das Schöneberger Ufer, anschließend das Tempelhofer Ufer bis zur Großbeerenstraße, die Großbeerenstraße vom Tempelhofer Ufer bis zur Königgrätzer Straße, die Königgrätzer Straße von der Großbeerenstraße bis zur Hedemannstraße, die Hedemannstraße.

Liebesgaben an die Agrarier.

Die Neuregelung der Ernährungswirtschaft, die wir in unserem Leitartikel vom Dienstag morgen bereits kritisierten, ist mit einer Schnelligkeit, die in auffallendem Gegensatz zu der Langsamkeit bei sozialpolitischen Verordnungen steht, bereits gestern vom Reichsrat verabschiedet worden.

An den Grundsätzen der Bewirtschaftung für Getreide für die Ernte 1920 wird nicht viel geändert. Doch ist, um der Landwirtschaft entgegenzukommen, eine Erhöhung der Selbstversorgerration beschlossen worden, die den Landwirten noch mehr wie bisher die Möglichkeit zur Versorgung des Schleichhandels und zur Durchlöcherung der Bewirtschaftung geben kann. Weit bedenklicher ist aber die nun endgültig beschlossene Freigabe der Kartoffeln, die zugleich mit einer weiteren Preiserhöhung der Kartoffeln verknüpft ist. Während durch die Verordnung vom 18. März der Erzeugerpreis der Kartoffeln für die Tonne auf 500 Mark festgesetzt wurde, wird beim Abschluß von Lieferungsverträgen außerdem eine Prämie von 100 Mark gezahlt.

Dieses Entgegenkommen an die Landwirte, das von jetzt ab in noch viel höherem Maße als bisher die Politik der Regierung und der Parteien gegenüber den Landwirten kennzeichnet, wird immer größer in dem Maße, je offener die Landwirte sich der Zwangsablieferung widersetzen. Augenblicklich steckt wiederum die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste, angeblich, weil die Arbeiten zur Frühjahrsbestellung die Landwirte stark in Anspruch nehmen, in Wirklichkeit aber, weil die Landwirte erzwingen wollen, daß die Weiterzahlung der Höchstprämien von 300 Mark für die Brotgetreide und Gerste erfolgt, die am 15. Mai ablief.

Auch mit dieser Absicht haben die Landwirte vollkommenen Erfolg gehabt, und wie die V. P. N. melden, ist die Frist bis zum 15. Juni verlängert worden. Die Senkung der Prämien um 100 M., also auf 200 M. für die Tonne, tritt erst nach dem 15. Juni ein. Im übrigen soll aber die Höchstprämie von 300 M. auch nach dem 15. Juni noch gewährt werden, wenn die Ablieferung des Getreides „aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können".

In der Praxis wird das also bedeuten, daß diese Prämie bis zum Ablauf des Erntejahres gewährt wird, weil, selbst wenn die Regierung die Prämienzahlung nicht allgemein über den 15. Juni hinaus verlängert, kein Landwirt um diese „Gründe" verlegen sein wird. So sehen wir also, daß das alte Spiel mit verstärktem Eifer fortgesetzt wird: die Landwirte weigern sich, ihren Pflichten nachzukommen, die Regierung erhöht die Preise und — die Masse der Bevölkerung muß diese Liebesgaben an die Landwirte mit einer unerschwinglichen Verteuerung seiner Lebenshaltung bezahlen.

Für diese Politik sind alle Parteien einschließlich der Rechtssozialisten verantwortlich. Bei den Wahlen am 6. Juni muß ihnen deshalb die Quittung über ihr volksverderbliches Verhalten ausgestellt werden.

Paßzwang für die Einreise in Oberschlesien. Die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien hat beschlossen, daß vom 1. Juni 1920 ab niemand in das Abstimmungsgebiet gelangen kann, ohne mit Paß und Personalausweis versehen zu sein, der von der Regierung seines Heimatlandes bzw. der zuständigen Kreispolizeibehörde ausgestellt ist und das Visum der französischen Konsulatsbehörde, in deren Bereich er wohnt, trägt. — In italienischen Kreisen verlautet, daß die französischen Truppen in Oberschlesien durch Engländer und Italiener ersetzt werden sollen. Eine amtliche Bestätigung war nicht zu erlangen.

Kapplage im Frauengefängnis.

18. März 1920.

Heute ist der fünfte Streiktag. Nur die notwendigsten Arbeiten werden vom Gefängnispersonal verrichtet. Vorführungen finden nicht statt.

Besuche werden nicht zugelassen und die „Freistunde" fiel einigemal aus. Das Gefängnis ist voll Soldaten in Uniform und Zivil. — Angeblich um gegen Plünderer vorzugehen — aber man hört es aus ihren Reden, daß sie keine Liebe für die Regierung haben. — Deutschnationaler Typ behauptet hier das Feld. —

Es ist Mitternacht. — Knack! Knack! knallt es innerhalb der Gefängnismauern! Ich fliege hoch. —

Meine Zelle ist für eine Minute taghell! Stimmengewirr! Feuer! schreit eine.

Ich stehe auf und kleide mich an, gewärtig, daß wir aus den Zellen geholt werden. Aber es blieb alles still. —

Ich lege mich wieder hin. —

An Schlaf war nicht mehr zu denken. —

„Was war die Nacht?" fragte ich früh morgens die Aufseherin.

„Nichts war — gar nichts!" wurde mir geantwortet.

„Die Soldaten haben nur ein paar Leuchtkugeln verknallt."

Ausgerechnet im Lazarettgarten! Wo das Krachen der Explosionskörper an den Gefängnismauern abprallt und die nervenkranken und schwerkranken Gefangenen erschüttert. Aber Soldaten sind nicht empfindlich. —

Hauptsache, daß man dem Gesindel zeigt, wie für Ruhe und Ordnung gesorgt wird, auch wenn niemand die Ruhe und Ordnung stört. —

10. März.

Es ist Nachmittag.

Knack! knack! knallt es wieder zwischen den Mauern? Die Schüsse können Tote erwecken!

Soldaten stürzen in den Lazarettgarten. „Fenster zu!" schreit einer. Wieder schießen sie.

„Vom Fenster weg!" schnarrt eine scharfe Stimme. Tack—Tack—Tack—Tack—Tack! Maschinengewehrfeuer!! —

Die Gefängnismauern erzittern! — Die Aufseherin hält mit dem Verteilen der Abendsuppe inne und flüchtet irgendwohin.

Wir können nicht flüchten! Unsere Zellen sind fest verschlossen! verriegelt! und verrammelt! —

Da wieder: Tack—Tack—Tack—Tack! — Ohrenzerreißend!

Dazwischen das dumpfe, entfernte Getöse einer explodierenden Mine! und wieder das Krachen des Maschinengewehres.

Durch die Wände dringt hilfloses Weinen.

Ob man noch die nächsten Minuten lebt?

Ich suche Deckung hinter der Bettstelle.

Einen Augenblick nur.

„Lächerlich!" dachte ich — wenn jetzt eine Mine hereinfliegt, nützt dir die Bettstelle doch nichts!

Ich trete also mitten in die Zelle — meide aber das Fenster.

Eine halbe Stunde etwa dauerte der Spuk.

Dann war Ruhe — bis Mitternacht. —

Wieder kracht es! —

Gott sei Dank! — es sind nur Leuchtkugeln, die alle Nasenlang hochfliegen und gespensterhaft die Zellen erleuchten. Aber an Schlaf ist wieder nicht zu denken. —

„Was war gestern?" frug ich am anderen Morgen die Dienststunden-Aufseherin.

„Nichts war!" antwortete sie, „die Soldaten haben nur geprobt!!"

Ich danke! Nur geprobt! Im Lazarettgarten!

Sind eben Prätorianer! — Barbaren! —

„Warum schießen Sie denn soviel? und gerade im Lazarettgarten!" fragte ich in der „Freistunde" den Bewaffneten.

„Wenn was los ist — wird nicht danach gefragt," erwiderte er.

„Ja, wenn hier was los wäre! Es ist aber alles ruhig. Und sie verknallen Dutzende von Leuchtkugeln des Nachts! — Veranstalten am Tage eine wahnsinnige Schießerei! Haben hier Barikaden aufgebaut und Maschinengewehre hergestellt! Wozu das?" fragte ich.

„Bis jetzt ist ja noch alles ruhig, — aber man kann ja nicht wissen, wie es wird," antwortete er.

26. März.

Heute soll die Besatzung das Gefängnis räumen. — Halleluja!

Ich spaziere im Lazarettgarten und werde ins Zimmer der Vorsteherin gerufen. — Eine Aufseherin bringt mich hin. Ich finde nicht wie sonst die Gefängnisvorsteherin dort, sondern einen hochgeschossenen Herrn in Zivil — anscheinend Offizier — und einen Soldaten — Mannschaftsuniform — untersetzte Gestalt. —

„Stellen Sie sich dort hin," herrschte mich der erstere an, und deutete nach der Wand. Er rückte sich einen Stuhl zurecht, schlug eine Aktenmappe vor sich auf und hielt mir etwa folgende Rede im Ton des Vorgesetzten: „Ich bin hier der militärische Leiter. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir in dieser Sache allein das Wort haben und die Gefängnisverwaltung hierbei vollständig ausschaltet. Sie werden mir jetzt auf meine Fragen unbedingt der Wahrheit gemäß antworten. Glauben Sie aber nicht, daß ich mir von Ihnen etwas vorlügen lasse. Wir wissen Bescheid, Sie und Ihre Leute verpesten die Luft. Sie sind schuld an dem ganzen Unglück! Aber ich werde dafür sorgen, daß Ihre Strafe gehörig verschärft wird! Ich habe die Macht dazu. Jawohl. Zunächst: Warum tragen Sie keine Anstaltskleidung?" — „Das ist eine Vergünstigung, die hier auch andere Gefangenen haben", erwiderte ich.

„Taurig", meinte er, „ich werde das ändern."

Er schrieb nun meine Personalien auf und sagte dann: „Es ist eine Anzeige hier gegen Sie ergangen, daß Sie sich am 24. März im Lazarettgarten am Maschinengewehr zu schaffen gemacht haben! Was haben Sie am Maschinengewehr zu tun?" schrie er mich an.

„Ich war doch nicht am Maschinengewehr", antwortete ich erstaunt.

„Was? Sie wollen's auch noch leugnen!" schrie er. „Aber das wird Ihnen nicht gelingen! Wir werden Sie zur Aussage zwingen! Hier steht es deutlich." Und nun las er mir die Anzeige vor. Da stand drin, daß ich am 24. März im Gefängnishof mit den anderen Gefangenen spazieren ging, mich plötzlich aus der Reihe losgerissen habe, nach dem Lazarettgarten lief und mich dort am Maschinengewehr zu schaffen gemacht habe, bis mich die Aufseherin wegrief. „Also, Sie werden jetzt gestehen: Was haben Sie am Maschinengewehr zu tun?" herrschte er mich wieder an.

„Ich war nicht am Maschinengewehr", antwortete ich bestimmt. Mit einem energischen Ruck stieß er seinen Stuhl zurück, stampfte mit dem Fuße und sagte unwillig: „Das ist doch stark. Nun dann werden wir andere Mittel anwenden, dann werden wir Sie erschießen! Jetzt ist Belagerungszustand. Der Posten hätte Sie schon am Mittwoch (am 24.) erschießen müssen, da Sie am Maschinengewehr waren", und er schüttelte bedauernd den Kopf, daß er es nicht getan hat. Er gab dem Soldaten einen Wink. Dieser zog einen Revolver aus seiner Manteltasche und zielte mit demselben nach meiner Brust.

„Und wenn Sie mich erschießen, ich kann nichts anderes aussagen als: ich war nicht am Maschinengewehr. Sonst hätte mich wohl der Posten mindestens angerufen, denn das wäre zunächst seine Pflicht gewesen, ehe er mich erschoß."

„Nach einem kurzen Anruf allerdings, hätte er Sie sofort erschießen müssen," meinte der Gemütsmensch.

„Aber er hat mich nicht einmal angerufen," erwiderte ich, „weil eben die ganze Anzeige nicht wahr ist. Denn erstens ging ich nie im Gefängnishof, nur immer im Lazarettgarten spazieren. Zweitens, nie mit den anderen Gefangenen, sondern immer allein." (Die beiden Punkte mußte der Soldat bestätigen, da er

Die Schweiz wird Mitglied des Völkerbundes.

Aus Basel wird uns geschrieben:

In der am 15. und 16. Mai stattgefundenen Volksabstimmung in der Schweiz wurde der Beitritt zum Völkerbund mit 414 600 gegen 310 880 Stimmen angenommen. Der Abstimmung ging von beiden Seiten eine intensive Propaganda voraus, die von den Anhängern desselben nicht immer in tadellos einwandfreier Weise betrieben wurde. Was sehr selten vorkommt, auch die allweisen Bundesväter stiegen zum gewöhnlichen Volk hernieder, um diesem den Himmel, den ihm der Völkerbund bringt, in verlockenden Farben vor Augen zu malen. Nachgewiesen, wenigstens bekanntgegeben und nicht bestritten wurde auch, daß der Propaganda für den Beitritt von französischen Gesellschaften Geld zur Verfügung gestellt wurde. Nebenbei bemerkt, hätte es ein unter deutscher Hegemonie stehendes Mitteleuropa gegeben — wie es seinerzeit angestrebt wurde —, wäre die Schweiz Mitglied dieser Verbindung geworden.

Geschlossen gegen den Beitritt trat nur die sozialdemokratische Partei ein. Alle bürgerlichen Parteien waren in dieser Frage, je nach den kleinlichen Interessen der Angehörigen derselben, gespalten. Wie nicht anders zu erwarten, sicherten die welschen Kantone für die Annahme eine erdrückende Zustimmung, trotz der Gegenagitation unserer Genossen dieser Kantone. Aus den betreffenden Resultaten geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß Tausende von Arbeitern für den Beitritt gestimmt oder sich der Stimme enthalten haben. Es ist das nicht verwunderlich und zu einem guten Teile der „Erziehungsarbeit" der Parteiführer dieses Landesteils während des Krieges zuzuschreiben. Man kann nicht gut den Imperialismus der Weststaaten als Hort der Demokratie bezeichnen, um dann, wenn derselbe seine Maske fallen läßt, zu sagen: Ach, ich habe mich getäuscht. Aber auch in einigen anderen Kantonen, besonders in Basselstadt, war der Widerstand der Arbeiter ein durchaus ungenügender. Verworfen haben unter andern, teilweise mit zwei- und dreifachem Mehr, die Urkantone Uri, Schwyz und andere ländliche Kantone und Bezirke. Es war bei diesen der Drang, sich von jedem äußeren Einfluß frei zu halten, der dies Ergebnis zeitigte. Für den Beitritt traten auch die „Sozialdemokratische Volkspartei" (Grütlianer) und die christlichen Gewerkschaften ein.

Der französische Streik.

Der Aufruf der französischen Gewerkschaften.

Aug. Devinne schreibt in „Le Populaire" vom 18. Mai:

Die Confédération général du Travail hat die Gewerkschaftsinternationale aufgefordert, sich mit dem französischen Proletariat in seinem Kampf gegen die vereinigten Kräfte der Kapitalisten und der Regierung solidarisch zu erklären.

Dieser Ruf muß gehört werden.

Die organisierte Arbeiterklasse Frankreichs ist in eine Schlacht verwickelt, deren Folgen für sie schwer sein können und die sich über die französischen Grenzen hinaus auswirken kann. Können wir dieser Schlacht als uninteressierte Zuschauer beiwohnen?

Nein, tausendmal nein!

Wenn die Arbeiterklasse oder ein Teil der Arbeiterklasse im Kampf steht, diskutiert man nicht, sondern stellt sich an ihre Seite, selbst wenn sie Unrecht hat. Es ist besser, mit ihr geschlagen zu werden, als sich von ihr zu trennen. Sie wird sich rasch von einer Niederlage erholen, wenn sie einig bleibt. Allein die Spaltung wäre tödlich für sie.

Die Klassenkämpfe, die man kommen fühlt, werden hart sein, aber der Einsatz beträchtlich, denn es handelt sich um nichts geringeres als die Umformung der Welt.

Die Kammer über den Streik.

Paris, 19. Mai.

Als der Royalist Leon Daudet in der heutigen Kammersitzung seine Streikinterpellation begründete, wurde er fortgesetzt von den Sozialdemokraten und einem Teil der Sozialistisch-Radikalen stürmisch unterbrochen, so daß der Präsident nur mit größter Mühe dem Redner Gehör verschaffen konnte. Als Daudet von Longuet, Guilbault, Sauvarine und Gustave Téry, Chefredakteur des „Oeuvre", der auf der Journalistentribüne anwesend war, sprach, machte Letzterer eine Handbewegung, als wolle er Daudet einen Handkuß zuwerfen. Sofort wurde von der rechten Seite geschrien: Hinaus! Die Sozialisten riefen: Mörder! Mörder! Dem Präsidenten blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung zu unterbrechen und die Tribüne räumen zu lassen. Erst nach 1½ Stunden wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident gab eine Erklärung ab, worin er den Zwischenfall bedauerte und erklärte, die Untersuchung über die Bewegung eines Tribünenbesuchers habe ergeben, daß es nicht notwendig sei, gegen diesen Maßnahmen zu ergreifen. Er fügte hinzu, daß ihm die Mitglieder der Rechten und Linken versprochen hätten, keine Zwischenfälle mehr hervorzurufen.

Die Bergleute der Departements Pas de Calais und Nord nehmen die Arbeit am Donnerstag wieder auf.

Militärische Niederzwingung Irlands.

London, 19. Mai. (Reuter.)

Im Oberhaus hat der Lordkanzler in der Besprechung der Lage in Irland erklärt, es sei die Politik der Regierung, gleichviel ob der Streit von kurzer oder langer Dauer sei, alle Kräfte und alle Hilfsmittel Englands anzuwenden, um erstens die gesetzliche Ordnung in Irland wieder herzustellen und zweitens die Kampagne, die zugunsten der Abtrennung geführt wird, vollständig unmöglich zu machen. Es sei die Absicht der Regierung, deutlich zu zeigen, daß England seine Pläne bezüglich Irlands mit derselben Entschlossenheit durchführen wird, mit der es während des großen Krieges gehandelt habe.

Nach einem Hinweis auf die Schwierigkeit des zu lösenden Problems sagte der Lordkanzler weiter, es seien bereits militärische Streitkräfte nach Irland entsandt worden; der Transport von weiteren Truppen sei in Vorbereitung. Wenn die Truppenmacht, die sich in Irland befindet, und diejenige, deren Absendung bevorsteht, sich als nicht ausreichend erweist, so werden weitere Truppen gesandt werden. Die einzige Grenze für die Truppenzahl ist der Umfang und die Art der Krise. Wenn sich diese von Woche zu Woche und von Monat zu Monat entwickelt, wenn die verfügbaren militärischen Kräfte sich als unzureichend für die Aufgabe erweisen sollten, so werden wir durchaus nicht zögern, an das britische Volk einen Appell zu richten, diese Streitkräfte zu vermehren, so wie wir dies in einer kritischen Zeit des Krieges getan haben.

Die Verteilung der Wiedergutmachungssumme unter die Alliierten.

London, 19. Mai.

Chamberlain erklärte im Oberhaus, daß auf der Konferenz in Hythe keine endgültige Regelung bezüglich der Bezahlung der französischen Schuld getroffen worden sei. Es sei aber anerkannt worden, daß es wünschenswert ist, eine Lösung für die aus diesen und ähnlichen Schulden des einen an den anderen Alliierten sich ergebenden Probleme zu finden. Gleichzeitig müsse der Gesamtbetrag der deutschen Wiedergutmachung und die Zahlungsmethode festgesetzt werden. Chamberlain fügte hinzu, es sei keine Rede davon, daß einer der Alliierten bezüglich der Beträge, die für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehen, ein Vorzugsrecht erhalte.

Die Bezahlung der Schlichtungsausschußbeisitzer.

Die Tätigkeit der Beisitzer der Schlichtungsausschüsse verursachen den Organisationen große Kosten, die auf die Dauer von den Organisationen allein nicht getragen werden können. Die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes hat sich an den Oberpräsidenten und Demobilmachungskommissar v. Hoffmann mit der Bitte um Abhilfe gewandt. Unter dem 1. April hat der Verband die Mitteilung erhalten, daß der Verband Berliner Metallindustrieller sich nicht bereitgefunden hat, den entgangenen Arbeitsverdienst zu bezahlen. Vielmehr wurde auf den Weg der Klage auf Grund des § 616 des B.G.B. verwiesen.

Da durch diese ablehnende Haltung die Gefahr besteht, daß die tüchtigsten Beisitzer auf die Mitarbeit in den Schlichtungsausschüssen verzichten, das aber zweifellos nicht im Interesse des Schlichtungswesens liegt, haben die Genossen Koenen und Geyer eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der sie auf die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit verweisen und fragen:

1. Ist die Regierung bereit, diese rechtliche Regelung zu treffen? 2. Wird in der Normalarbeitsordnung auf Grund des Betriebsrätegesetzes eine Abdingbarkeit des Lohnes für solche Fälle ausgeschlossen, oder 3. was beabsichtigt die Regierung sonst zu tun, um den Schlichtungsausschuß-Beisitzern eine angemessene Entschädigung zu sichern?

Krankenkassen und Aerzte.

In dem Konflikt zwischen Krankenkassen und Aerzten, über den wir unlängst ausführlich berichteten, scheint es zunächst noch nicht zum äußersten, nämlich zur Behandlungsverweigerung seitens der Aerzte kommen zu sollen. Die Regierung trifft Maßnahmen, um den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen, und sie empfiehlt den Aerzten die Annahme einer Notverordnung, um mit einer solchen über das akute Stadium des Streites hinwegzukommen und Zeit zu gewinnen für Verhandlungen. Darnach sollen die Aerzte bis zum Abschluß einer neuen Vereinbarung mit der Kasse ihre Tätigkeit unter den bisherigen Bedingungen fortsetzen, bei gleichzeitiger Einleitung eines Schiedsverfahrens. Durch dieses soll den Aerzten eine Erhöhung ihrer Gebühren zugebilligt werden, und zwar soll eine Berufung an eine höhere Instanz (Reichsschiedsamt) gegen die Entscheidung nicht zulässig sein, wenn die Gebühren innerhalb der Grenzen von 50 bis 100 Prozent gegenüber den bisherigen Vergütungen sich halten. Bezweckt wird hiermit ein gewisser Schutz der Kassen vor zu starker finanzieller Belastung und eine Gewähr für die Aerzte, daß sie eine ansehnliche Aufbesserung erhalten. Verweigern die Aerzteverbände die Anerkennung des Schiedsverfahrens, so kann immer noch der erwähnte Ausweg von Barentschädigungen bis zu weiterer Regelung des Konflikts beschritten werden.

Der Verbandsausschuß der Aerzte in Leipzig hat ein Eingehen auf die Notverordnung zwar zunächst rundweg abgewiesen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Aerzte selbst auf ihrem anscheinend sehr rigorosen Verbandsausschuß mäßigend einwirken werden. Außerdem schweben bereits Verhandlungen zwischen beiden Parteien. Es wird notwendig sein, daß die Oeffentlichkeit den Aerzten zu verstehen gibt, daß ihr schroffes Verhalten und ihr Vorgehen gegen die Krankenkassen unter Vertragsbruch nicht im Einklang steht mit ihren sittlichen Pflichten, die sie der Allgemeinheit gegenüber haben.

Ein Paradies für russische Verschwörer.

Die Bermondttruppen als Internierte.

Auf dem Truppenübungsplatz von Altengrabow sind in den dortigen Mannschafts- und Offiziersbaracken die ehemaligen russischen Bermondt-Truppen untergebracht. Sie genießen volle Bewegungsfreiheit sowohl im Lager als auf dem ganzen Truppenübungsplatz, der sich nach allen Richtungen stundenweit ausdehnt. Niemand vermag die Russen am Besuch der nächsten Dörfer zu hindern. Eine Kontrolle über ihren Verkehr mit der Außenwelt besteht in keiner Weise. Eine Bewachungskompagnie ist nicht vorhanden. Die Bermondt-Truppen sind also im Gegensatz zu den übrigen russischen Gefangenen nicht nur frei von jeder Beschränkung der persönlichen Freiheit, frei von Drahtgittern und Drahtzäunen, sondern sie stehen auch nicht unter irgendeiner noch so leichten Bewachung. Keine deutsche Behörde hat über sie Strafgewalt. Weder der Direktor des Internierlagers, noch der Kommandant des Truppenübungsplatzes können aus eigener Kraft irgendeinen der russischen Gefangenen bestrafen. Die Strafgewalt liegt ausschließlich in den Händen des russischen Kommandanten. Die Truppe betrachtet sich nämlich als geschlossene Armee und wünscht als solche behandelt zu sein. Sie hat deshalb eine eigene Kommandantur, verhängt ihre Strafen selbst und bewacht sogar ihre Arrestanten. Zu diesem Zwecke sind der internierten Truppe etwa 24 Gewehre ausgeliefert. Die 3000 Mann starke Truppe besteht aus 800 Offizieren, 600 Unteroffizieren, 125 Beamten, 250 Frauen und 62 Kindern. Die Offiziere stolzieren in Paradeuniform mit allen Orden und Ehrenzeichen, mit ihren Rangabzeichen und Adjutantenschnüren am Arm ihrer Frauen durch die Anlagen des Lagers. Die blanken Waffen sind noch heute im Besitz der Offiziere.

Wie die zuständigen deutschen Stellen bekunden, hofft die Truppe noch heute darauf, einmal als geschlossene Formation zu irgendeinem Unternehmen verwendet zu werden. Immer wieder werden an den Kommandanten des Internierungslagers Gesuche gerichtet, in denen die Offiziere und auch ein Teil der Mannschaften bitten, zu den Kämpfen nach der Ukraine gegen Sowjet-Rußland abtransportiert zu werden. Die Truppe ist in dieser Zusammensetzung nicht nur ein höchst geeignetes Objekt für reaktionäre Werbeversuche, sondern bildet auch in dieser Art der Unterbringung eine ständige drohende Gefahr für die öffentliche Ordnung. Die früher an dieser Stelle gemeldeten Werbungen können im allgemeinen nicht geleugnet werden. Zwar klärt sich ein Teil der Werbungen als legale Anwerbungen auf, die mit Erlaubnis des Reichsarbeitsministeriums, des Heeresabwicklungsamtes und des Vertreters der Sowjet-Regierung Herrn Kopp, stattfinden und die Arbeitskräfte für die Landarbeit in Ostpreußen schaffen sollen. Andererseits kann aber nicht geleugnet werden, daß auch mehrfach ohne Kenntnis der Direktion des Internierungslagers und der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Werber im Lager geweilt haben. So sind zwei Transporte von 14 und 21 Mann, erst nachdem sie das Lager verlassen hatten, auf dem Bahnhof, ja zum Teil in Magdeburg angehalten und zurücktransportiert worden.

Die Tendenz dieser Werbungen ist noch nicht einwandfrei aufgeklärt. Das Heeresabwicklungsamt hat sich nunmehr selbst davon überzeugen müssen, daß die Zustände im Internierungslager Altengrabow in dieser Form nicht weiter haltbar sind. Die Möglichkeit der Kontrolle über die Truppe ist so gering und ihre Geschlossenheit als Formation so gefährlich, daß unbedingt sofort Wandel geschaffen werden muß. Niemand kann von der deutschen Regierung verlangen, daß sie es duldet, daß eine Truppe, die eine ständige Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit bildet, ohne jede Kontrolle und ohne jede Bewachung treiben kann, was sie mag. Es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die russische Regierung nicht den geringsten Einspruch erheben wird, wenn die deutsche Regierung sich entschließt, die russische reaktionäre Truppe ebenso zu behandeln wie die übrigen Gefangenen und ihr nicht besondere völlig unberechtigte Vorteile einzuräumen. Solange die Truppe nicht auf die einzelnen Gefangenenlager verteilt ist, wird es gut sein, den Vorgängen in Altengrabow stets die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Russische Gefangene als Landarbeiter für Ostpreußen.

Die ostpreußischen Großgrundbesitzer verschreiben sich neuerdings russische Gefangene aus den deutschen Gefangenenlagern. In Anbetracht der in Ostpreußen tiefernsten Situation muß dieser Tatsache die höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Truppenkonzentrationen in Ostpreußen sind eine Tatsache, die nicht mehr geleugnet werden kann und der Zweck dieser Konzentration zu irgendwelchen reaktionären Abenteuern kann auch als feststehend gelten.

Es ist nun ohne weiteres klar, daß die Ansammlung von 2000 bis 2500 russischen Kriegsgefangenen auf ostpreußischen Gütern sehr leicht ein Teil des Planes sein kann, mit dem die deutschen und russischen Reaktionäre gemeinsam die Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft anstreben. Diese Befürchtung wird bestärkt durch die Tatsache, daß die Werbungen nicht auf die russischen Gefangenenlager beschränkt bleiben, sondern sich auch auf das Internierlager in Altengrabow erstrecken, in dem die reaktionären Awalow-Bermondt-Truppen untergebracht und noch immer fest formiert sind. Von diesen haben sich bereits 500 bereit erklärt, zur Landarbeit nach Ostpreußen zu gehen. Ob diese Anwerbung unter den Bermondt-Truppen im Einverständnis mit Herrn Kopp stattfindet, wird erst noch festzustellen sein.

550 Prozent Kommunalsteuern in Danzig. Der Danziger Magistrat hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen zu lassen, in der für das Haushaltsjahr 1920 die Festsetzung eines Gemeindeeinkommenzuschusses von 550 Prozent beantragt wird.

Verhaftung wegen einer Kulturtat. Gegen den Geschäftsführer der sozialistischen Zeitung „Populaire", Maurice Maurin, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden wegen eines am 13. April im „Populaire" erschienenen Artikels, der sich mit der Abberufung der schwarzen Truppen aus Frankfurt a. M. beschäftigte. Der Artikel nahm auch Bezug auf Enthüllungen des „Daily Herald", die E. D. Morel veröffentlicht hat.

---

mich immer beobachtete.) „Drittens, bin ich Gegner jeder Mordwaffe und würde daher nie schießen."

„Aber im November haben Sie geschossen?" meinte der Soldat, indem er immer noch mit seiner Waffe nach mir zielte.

„Nein," erwiderte ich.

„Na, dann haben Sie im März geschossen," sagte er hartnäckig.

„Ich habe auch nicht im März geschossen, denn ich saß zur Zeit in Moabit in Untersuchungshaft.

Während dieser widerwärtigen, grauenhaften Szene bekam ich einen Nervenchoc, so daß mir vor Ekel und Abscheu fast die Stimme versagte und ich nur mit Anstrengung sprechen konnte. Der Ankläger wurde ruhiger, stützte seinen Kopf auf, denn er überlegte offenbar, wie er das Protokoll zu verfassen habe. Er schrieb meine Auslagen nieder und ich setzte meine Unterschrift darunter. Dann machte er mich, wie er sagte, in meinem Interesse darauf aufmerksam, mit niemand hier ein Wort zu sprechen, er würde sonst dafür sorgen, daß meine Strafe bedeutend verschärft wird. „Die Sache wird für Sie noch ein Nachspiel haben," meinte er noch zuletzt. Dann gingen sie. Das war der Schlußakt der vierzehntägigen, glorreichen Besetzung, und die Glanznummer bildete die widerliche Komödie gegen eine gefangene Revolutionärin.

Heidini — — —

Lola Haase.

Literarische Porträts. Ilse Linden läßt ihrer Sammlung letzter Briefe bedeutender Menschen, die im vorigen Jahre erschienen, nun unter dem Titel „Literarische Visionen" einen Band Essays folgen, in denen Lichtenberg, Lenz, Jean Paul, Bettina von Arnim, E. T. A. Hoffmann, Stifter u. a. mit starkem Stilgefühl geistig prägnant umrissen sind. Zu den geistigen hat Charlotte Berend die bildlichen Porträts geschaffen. Das Buch ist mit fünf Original-Lithographien im Verlag Oesterheld, Berlin, erschienen.

Sommertheater. Im Deutschen Künstler-Theater beginnt unter Leitung von Max Adalbert am 1. Juni die Sommerspielzeit mit der Erstaufführung des Schwankes „Die bessere Hälfte" von Franz Arnold und Ernst Bach. — Max Pallenberg spielt bis Ende Mai in „Familie Schimek" (Mittwoch zum 250. Male) im Theater des Westens, ab 1. Juni im Deutschen Theater, einen Deutschamerikaner in dem neuen Schwank „Der liebe Gast" von Regelein.

Im Komödienhaus ist die Premiere des neuen Lustspiels von Alexander Engel und Hans Salzmann „Die Reise in die Mädchenzeit", dessen Uraufführung am Wiener Burgtheater stattfand, auf Sonnabend, den 24. Mai, festgesetzt worden.

Zähne 4 Mark! 7.– Mark

mit echtem **Friedens-Kautschuk**

schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie

Zahnziehen mit ärztlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Herstellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen. Kronen von 30 Mk. an

Kaiser Luxuspreise! Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos

Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1

Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.

Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.

In den letzten 3 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Gewerkschaftliches.

Demonstration der Angestellten.

Im Riesensaale der „Neuen Welt" tagte am Mittwoch eine allgemeine Angestelltenversammlung der Metallindustrie, die der Afa angeschlossen sind. Bereits um ½7 Uhr war der Saal von über 5000 Personen gefüllt, so daß im Garten eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte, an der trotz des heftigen Regens zirka 5000 Angestellte bis 9 Uhr abends aushielten. Im Saale sprach Flatau, im Garten gaben Marquardt und Hasse den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den Berliner Metallindustriellen. Die Unternehmer haben jetzt ihrerseits ihre Vorschläge eingereicht. Danach sollen sämtliche Bestimmungen des alten Tarifabkommens mit unwesentlichen Aenderungen bestehen bleiben. Die tariflichen Grundlöhne sollen nicht geändert werden, sondern es soller nur zu den bestehenden Lohnsätzen ein Teuerungszuschlag von 100 Prozent zugerechnet werden. Außerdem soll eine Kinderzulage und eine Verheiratetenzulage von je 60 Mark pro Monat gezahlt werden. Von diesen Zuschlägen werden die bisher zu den Tarifsätzen gezahlten Zuschläge von 80 Prozent plus 100 Mark Kinderzulage abgezogen. Die Referenten zeigten an Hand vieler Beispiele, daß die von den Unternehmern gemachten Vorschläge unannehmbar sind. Sie empfahlen aus diesem Grunde die einmütige Ablehnung. Von der Diskussion wurde lebhaft Gebrauch gemacht. Die Redner betonten besonders, daß sie den Hauptwert auf die Erfüllung ihrer idealen Forderungen legen, ganz besonders verlangten sie die Durchsetzung des durch das Betriebsrätegesetz gewährleisteten Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Einstellung und Entlassung.

Nach kurzen Schlußworten der Referenten nahmen die zirka zehntausend Versammelten die folgende Entschließung einstimmig an:

Die am 19. Mai in der Neuen Welt versammelten Angestellten der Berliner Metallindustrie lehnen den Unternehmerentwurf auch in der letzten Form mit Entschiedenheit ab, insbesondere den § 13, der eine Verweigerung des Mitbestimmungsrechts bedeutet, ferner die Verlängerung der Arbeitszeit, wie auch die Vierteilung des viel zu gering bemessenen Monatseinkommens, welches noch wie vor in einer einzigen Summe geforbert wird. Als Selbstverständlichkeit gilt ihnen auch die Rückwirkung des neuen Tarifvertrages ab 1. Mai 1920. Die Angestellten der Berliner Metallindustrie billigen den bisher eingenommenen Standpunkt der Tarifkommission und beauftragen sie, alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den Abschluß des Tarifvertrages in einer Weise herbeizuführen, die ihren Wünschen entspricht.

Erklärung.

Wir erhalten folgende Erklärung:

Nach dem Bericht der „Freiheit" vom 19. Mai cr. (Abendausgabe) über die Versammlung der Betriebsräte des Holzarbeiterverbandes hat Siegle die Behauptung aufgestellt, „daß in der Haltung der Betriebsrätezentrale dadurch eine Wandlung eingetreten ist, daß R. Müller in der gestrigen Betriebsräteversammlung der Metallarbeiter zugestanden hat, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, ebenfalls eine Zusammenfassung der Betriebsräte vorzunehmen." — Ich habe in der Versammlung sofort nachgewiesen, daß die Behauptung Sieglers nicht der Wahrheit entspricht. Der Berichterstatter gibt die Behauptung Sieglers wieder, zum Teil in Sperrdruck, während er meine Ausführungen mit dem lokalen Hinweis erledigt, daß sie im wesentlichen dieselben gewesen seien wie am Tage vorher bei den Metallarbeitern. Dadurch wird der Anschein erweckt, daß Sieglers Behauptung zutrifft. Auch der sonstige „Bericht" über meine ca. dreistündigen Ausführungen ist so skandalös einseitig, daß ich dagegen die schärfste Verwahrung einlegen muß.

Richard Müller.

Der Genosse Müller scheint zu übersehen, daß wir seine Ausführungen am Abend vorher in der Versammlung der Betriebsräte der Metallarbeiter so ausführlich wiedergegeben haben, wie das im Rahmen eines Berichts möglich ist. Es ist deshalb unmöglich, daß wir seine Ausführungen, die sich inhaltlich deckten mit denen am Abend vorher, nochmals in aller Breite bringen.

Die Redaktion.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Wahlen zum 13. Verbandstag in Hannover hatten folgendes Ergebnis: Es wurden abgegeben 4937 Stimmen. Gewählt wurden: Reimann, Wilhelm (3348), Reimann, Richard (3016), Lungwitz, Bertha (2891), Röder, Elise (2726), Schulz, Willi (2796), Balke (2688), Schulz, Karl (2686), Lange (2695), Albrecht (2615), Plaeschke (2233), Lehmann (2222), Becker (2187), Jahn (2170), Hentschel (2142). Die Zentral-Wahlkommission: J. A. H. Rücker.

Groß-Berlin.

Die Groß-Berliner Kreiswahlkommissare.

Nachdem der Minister des Innern den Oberbürgermeister Wermuth zum Leitenden Wahlkommissar und den Stadtrat Loehning zu seinem Stellvertreter für die einheitliche Durchführung der ersten Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen ernannt hat, sind jetzt vom Oberpräsidenten für die 15 Wahlkreise zu Kreiswahlkommissaren und Stellvertretern bestellt worden:

Für die Wahlkreise I—VI (Berlin) Stadtrat Loehning und Magistratsrat Dr. Preeuer; Wahlkreis VII (Charlottenburg) Direktor Dr. Badtke und Magistratsrat Dr. Landsberger; Wahlkreis VIII (Spandau) Stadtschulrat Kramm und Direktor Dr. Zander; Wahlkreis IX (Wilmersdorf usw.) Kämmerer Rohde und Magistratsrat Dr. Franke; Wahlkreis X (Steglitz usw.) Beigeordneter Jochem und Gemeindeschöffe Gädke; Wahlkreis XI (Schöneberg, Friedenau) Magistratsassessoren Mundt und Alihaus; Wahlkreis XII (Neukölln usw.) Stadtrat Mier und Stadtrat Dr. Foelsche; Wahlkreis XIII (Köpenick usw.) Erster Bürgermeister Behnke und zweiter Bürgermeister Prümers; Wahlkreis XIV (Lichtenberg usw.) Oberbürgermeister Ziethen und Stadtsyndikus Tastebaum; Wahlkreis XV (Pankow usw.) Beigeordneter Dr. Ellger und Gemeindeschöffe Kubig.

Diese Kreiswahlkommissare teilen die Wahlkreise im Benehmen mit den Gemeindevorständen in Stimmbezirke ein. Sie haben spätestens am 30. Mai zur Einreichung von Kreis- und Bezirksverordnetenwahlvorschlägen öffentlich aufzufordern; die Vorschläge sind bei ihnen bis zum 6. Juni einzureichen.

Die ersten zehn Städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel finden am Montag, den 31. Mai 1920 in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32/38, am Mittwoch, den 2. Juni, Freitag, den 4. Juni, Montag, den 7. Juni, Mittwoch, den 9. Juni, Freitag, den 11. Juni, Dienstag, den 15. Juni, Mittwoch, den 16. Juni, Freitag, den 18. Juni und Dienstag, den 22. Juni 1920, und zwar sämtlich in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Harsch und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kassenöffnung 7 Uhr. Die Programme werden rechtzeitig veröffentlicht werden.

Zu dem Mordanschlag in der Wilhelmstraße erfahren wir, daß das Befinden des überfallenen Schankwirts Kasse, der im Urbankrankenhause liegt, eine ungünstige Wendung bekommen hat. Der Mann hat sieben Kopfverletzungen erlitten. Wenn es auch nur Fleischwunden sind, ohne daß die Schädeldecke zertrümmert wurde, so sind sie doch schwerer als es ursprünglich hieß. Frau Kasse bleibt nach wie vor dabei, daß ihr Mann nur einen „Denkzettel" erhalten sollte. Die beiden flüchtigen Täter sind noch nicht ermittelt. Der Verhaftete bleibt zu weiteren Vernehmungen noch im Gewahrsam der Kriminalpolizei.

Aus dem Liebensee gelandet wurde gestern die Leiche einer unbekannten Frau von etwa 35 Jahren. Die Tote trug einen schwarzen Rock, eine schwarze Schürze, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. Bei der Leiche fand man eine Krücke.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung. Nachts etwas kühler, in den Mittagsstunden ziemlich warm, überwiegend heiter und trocken bei mäßigen östlichen Winden.

Aus dem Gemeindeleben.

Niederschönhausen. In der letzten Gemeindevertretersitzung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen beider soz. Gruppen mit den gesamten bürgerlichen Parteien bei der Beschlußfassung über Einführung des Gesinnungsunterrichts für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder. In einem Schreiben an die hiesige Schuldeputation hatten beide sozialistischen und besonders unsere Parteileitung ihre grundsätzlichen Forderungen bei Einführung desselben aufgestellt. Die Genossen Hiege, Buchweitz und Dörne unterstützten diese Forderungen: Insbesondere sofortige Aufnahme in den stundenplanmäßigen Vormittagsunterricht zur Vermeidung weiterer Kosten und Erteilung des Unterrichts nur von solchen Lehrkräften, die den Religionsunterricht nicht mehr erteilen wollen. Leider gelangten diese Forderungen infolge Vorschützen von technischen Schwierigkeiten der S. P. D. nicht zur Annahme. Dafür wurden 2000 M. bewilligt für Erteilung des ethischen Unterrichts in den Nachmittagsstunden bis zum 1. Oktober und von da ab Einstellung in den stundenplanmäßigen Unterricht. Diese Gelegenheit benutzten nun die Christlichen auch ihrerseits, um für Erteilung des katholischen Religionsunterrichts eine Erhöhung der Kosten von 500 M. auf 2000 M. herbeizuführen. Dieses gelang ihnen gegen die Stimmen unserer Fraktion aus bekannten Billigkeitsgründen der S. P. D. Die Teuerungszulagen der Gemeinde- und Bureauarbeiter sollen noch vor den Feiertagen zur Auszahlung gelangen. Für die Bureauhilfsarbeiter gelangten nach dem Schiedsspruch von Groß-Berlin die von der Stadt Berlin gezahlten Sätze zur Annahme. Für die nach Dänemark gesandten 75 Kinder werden 500 M. bewilligt. Ebenso werden Mittel bewilligt für die Einrichtung von Spielkursen, unter Berücksichtigung auch der kleineren Kinder.

Aus den Organisationen.

1. Distrikt. Frauenarbeits- und Kinderschutz-Kommission. Sonnabend 7 Uhr Sitzung bei Wirsing, Dessauer Straße 19.

8. Distrikt. Heute 7 Uhr öffentliche Elternversammlung der 2. und 203. Gemeindeschule in der Aula Petersburger Straße 4.

11. Distrikt. Freitag 7 Uhr Versammlung sämtlicher Mitglieder der Agitations-, Kommunalen und Frauenarbeits-Kommission sowie der Bezirks- und Abteilungsführer im Gesangsaal des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25.

Neukölln. Freitag 7 Uhr Sitzung der Agitationskommission mit den in der Landarbeiter-Agitation tätigen Genossen bei Wolff, Prinz-Handjery-Straße 86/87.

Neukölln. Alle als Bezirks- und Stadtverordnete vorgeschlagenen Kandidaten, die anzunehmen gewillt sind, ersuchen wir, bis morgen (Freitag abend) im Parteibureau, Neckarstraße, die schriftliche Erklärung über den erfolgten Kirchenaustritt sowie über die Befreiung ihrer Kinder vom Religionsunterricht einzureichen.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Kometzer, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Ernst Däumig:
Das Räte-System
grundsätzliche Darstellung
im Jahrbuch
DIE REVOLUTION
47 Beiträge Mark 12.— 26 Bilder
Durch die Organisationen mit Rabatt!

Nachruf.
Am 14. Mai verschied nach kurzem Krankenlager der Sattlermeister
Friedrich Sturm.
Ehre seinem Andenken!
Fa. Hector.
Inh. Friedrich Sturm, Ostbar Weg 7.

Stoffe
für Anzüge, gut und sehr billig
Tuchlager Fritz Dierig,
Alte Schönhauser Straße 3 II.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- und Silberbruch kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf Zentrale
Kottbuser Damm 66. Mpl. 13590.

Höchste Preise
zahlt für neue Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen M. Siller, Neue Königstraße 39 (Alexanderpl.)

isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting,
Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3703 und 6518.

Inserate
für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 10 Uhr vormittags, für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachm., Sonnabends bis 2 Uhr nachm. auf der Expedition Schiffbauerdamm 19 eingeliefert sein

Bekanntmachung.
Nur für industrielle Werke, Arbeiterverbände und Kommunen, welche als Großabnehmer gelten.
Wir offerieren:
billige konfektionierte Herrenanzüge,
billige Knabenanzüge,
Gummimäntel,
Oeljacken, -Mäntel und Pelerinen
(nach einem neuen Verfahren regendicht imprägniert),
Unterwäsche und Strümpfe,
Schürzen,
Faust- und Fingerhandschuhe.
Gelegenheitsposten:
300 Nachtpelze gebraucht, aber in gutem Zustand,
ein großer Posten Essenträger (15 Liter Inhalt) innen emailliert, m. Schöpflöffel.
Es werden nur große Posten abgegeben. Bei unseren bedeutenden Umsätzen sind wir aber in der Lage, zu wirklich billigen Preisen zu liefern.
Neuner-Konzern G. m. b. H.
Abteilung für Arbeiter-Belieferung
Berlin, W 9, Linkstraße 2.
Lützow 1575 Nollendorf 4743.

Herren **Kernsohlerei** Damen
38.— Sohlen 28.—
10.— Absätze 7.50
Eil-Schlerei, Hermannstr. 17.

Boten-frauen
stellt sofort ein
Sped. Lorenz,
Charlottenburg
Wallstraße 68.

Botenfrauen
stellt ein
Spedition Weisel,
Josefstr. 7.

Genossen!
Werbt für die „Freiheit"!

Annahme in allen Speditionen des Verlages
KLEINE ANZEIGEN
Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto;
Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gardinen Fenster von 65 Mark an, verkauft Fried's Ausstattungshaus, Prinzessinstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz.

Gardinen kaufen Sie preiswert nur im Spezialgeschäft, da dort keine Zwischenhändlerpreise. Reiches Lager in Schalgardinen, Künstlergardinen, Stores, Bettdecken. Verkauf direkt an Private zu Engrospreisen. Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Köpenicker Straße 101, II. Etage.

Genossen. Sie sparen 200 Mark und noch mehr bei Ankauf eines Anzugs bei Berger, Brunnenstraße 20, vorn II, Hochbahn Kottbuser Tor. Reinwollene Kammgarnanzüge, Cutaways, Covercoats, gestreifte Hosen, stets große Auswahl.

Mehrere Jacketanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Jünglingsanzüge, Sommeralster, Jünglingsmäntel, spottbillig. Fritzsengeschäft, Reuchlinstr. 6 (Moabit).

Bessere Anzüge, fertig und nach Maß, spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Russ, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Jackettanzüge, Cutaways, Paletots, Hosen, Kostüme, Mäntel verkauft enorm billig Leihhaus Moritzplatz 28a.

Allerfeinste Herrenanzüge, Marengopaletots, Kammgarnhosen verkauft staunend billig Luft, Muskauerstr. 46 parterre. Nähe Görlitzer Bahnhof.

Hose, neu, Weber, Eckerstraße 11 I. Ab 4.

Kreuzfüchse! sowie andere neue Pelzsachen aller Art, keine Vorratsware, immer noch zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen im Leihhaus Warschauer Str. 7.

Möbel

Chaiselongues, 130.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 1000.—, weiße Schlafzimmer Meicke, Auguststr. 33a. Oberh.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen 175, Auflegematratzen 175, Tapezierer Walter, Stargarder Straße 13.

Kaufgesuche

Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Wertsachen kauft höchstzahlend Schubert, Bayerwaldstraße 53.

Platin, Gold- und Silber-Abfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände u. Oxydrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenicker Straße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Zähne, alte Gebisse, Platin, Gold kauft Dentist Werner bei Metzner, Jahnsbrücke 3.

Kaufe alte Autokerzen. Weinert, Wasserthorstr. 51.

Spulendrähte, Dynamodrähte, Leitungsdrähte, Elektromaterial kauft Heumüller, Dresdener Straße 106.

Kaufe höchstzahlend Spulen-Drähte, Installationsmaterial und Metalle. Elektrische Werkstätten Bamberger Str. 12 und Oderberger Str. 37.

Leim kauft stets Siebold, Blumenstraße 74.

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Bleiweiß, Terpentin kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen. Handlung chem. Produkte, Wilhelm-Stolze-Straße 28 (Kant. 7317).

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Firnis, Leim, Schellack, Bleiweiß, Terpentin kauft jede Menge. Franz Kischinat, Berlin O 112, Seumestr. 19, III.

Schellack, Paraffin, Firnis, Leim, Malerartikel, auch kleine Posten kauft Winkler, Oranienburger Str. 12.

Ankaufstelle Neukölln, Juliusstr. 53. Tafellein 30.—, Schellack 100.—, Schallplatten 10.—

Säcke, Garne, Sackkumpen kauft Metzner, Jahnsbrücke 3. Telefon: Königstadt 2627.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer kauft laufend zu höchsten Preisen Technische Bedarfsartikel, Kuglerstr. 12, v. 4 Tr. links. Nähe Ringbahnhof Schönhauser Allee.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Zwei- und Dreibackenfutter kauft zu höchsten Preisen ab nachmittags 5 Uhr Baltrusch, Pankow, Stengerstraße 3, Qtr. II.

Spiralbohrer, mit höchst. Aufschlag, kauft Bock, Lübecker Straße 33.

Spiralbohrer! Schmirgelleinen, Feilen, Werkzeuge und Motore kauft zu konkurrenzlosen Preisen Maschinen- u. Werkzeugvertrieb, Sickingenstr. 80, Ecke Brunnenstraße.

Ausnahmepreise für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holzschrauben, Maschinenschrauben zahlt Lanzke, Belle-Alliance-Straße 98.

Konkurrenzlose Höchstpreise f. Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz-, Schloß- und Maschinen-Schrauben, Feilen, Werkzeuge, Bosch-Magnete und -Kerzen etc. Anders, Gr. Frankfurter Str. 101.

Spiralbohrer! kauft zu konkurrenzlosen Preisen Adolf Lebitzki, Kommandantenstr. 68.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jungnick, Prinzessinstraße 8, Moritzplatz 14518.

Schnellanbohrer, neu, kauft zu höchsten Tagespreisen Morgenstern, nur Lichtenberg, Gärtnerstraße 13, Alex. 8275.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten Holz-, Schloß- und Maschinenschrauben, Nägel, Feilen, Schmirgelleinen kauft dauernd Lepsia's Sporthaus, Oderberger Straße 31. Tel. Humboldt 3043.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten kauft Marica, Löwenstraße 2, v. III.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse Schulze, Friedenau, Fregestraße 81. Pfalzb. 4875.

Kugellager kauft ständig Reinickendorf-Schönholz, Ornstanstraße 1, III. 3 bis 7 Uhr.

Spiralbohrer höchstzahlend kauft ab 4 Uhr, auch Sonntag, Zurawa, Mirbachstraße 1 III.

Spiralbohrer, Werkzeuge, Nägel, Schmirgelleinen, Elektromaterialien, sowie jeden Posten Altmetalle kauft dauernd zu höchsten Preisen, Rheinsberger Straße 52, Laden, Humboldt 2906.

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art wie Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen, Zangen, Handhämmer, Feilkloben, Maschinen-, Schloß- und Holzschrauben, Zentrierbohrer, Stechbeitel, Hebeleisen, Hand-, Rücken- und Sechskäntgen, Holzmaßstäbe, Holzraspeln, Feilen aller Art, Bohrwinden, Handbohrmaschinen, Alt-Kupfer, Messing, Lötzinn, Werkzeug- und Schnellstahl, Schmirgelleinen usw. Artur Zwick, O. 34, Richtstraße 10. Tel. Kgst. 6607. Telegr.-Anschr. Werkzeugzwick-Berlin.

Verschiedenes

Maararbeiten, Bülowstraße 94.

Frack-Verleihinstitut Friedrichstr. 122/123 verleiht, verkauft, kauft Frack-, Smoking-, Gesellschafts-Anzüge.

Beleuchtung, moderneste Elektrisch, Gas, auch Zahlungserleichterung. Pels & Co., Potsdamer Str. 36 I, Hochbahn Bülowstr.

Rechtsanwalt (früher), 30jähr. Rechtspflege, Blumenstraße 74, kostenlose Rechtsauskunft, Verteidigung in Strafsachen, Vertretung in Zivilprozessen, Beobachtungen, Ermittelungen in Alimentenklagen, Ehescheidungen! Fürsorgesachen, Gnadengesuche, Strafaufschub! Haftentlassungen! Mäßiges Honorar! Teilzahlung gestattet.

Fahrräder

Fahrräder, gebrauchte, Riesenauswahl, Schlewe, Weinmeisterstraße 4.

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 497" Briefpostamt C 2.

Ansiedelungen

Wandlitz. Quadratrute 30 Mark, 10 Mark Anzahlung. Hölsen, Steglitz, Viktoriastr. 31. Fernsprecher Steglitz 2854.

Baustellen
Saatkartoffeln, Düngekalk, Lehm. Hohenneuendorf, Prederdorf. Kleine Anzahlung. Hölsen, Steglitz, Treitschkestr.